



Bundesakademie  
für Sicherheitspolitik



# Unterschätzte sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland und die EU

Seminar für Sicherheitspolitik 2013  
Bundesakademie für Sicherheitspolitik





# IIII Inhaltsverzeichnis

- Einleitung..... 4
- EU am Scheideweg..... 6
- Handlungsempfehlungen..... 8
- Bedeutungsverlust Europas  
Die Rolle Europas in einer dynamischen Weltwirtschaft..... 10
- Handlungsempfehlungen..... 12
- Quo Vadis Arabischer Frühling ..... 13
- Handlungsempfehlungen..... 15
- Eingefrorene Konflikte ..... 16
- Handlungsempfehlungen..... 18
- Risiken unseres Wohlstands..... 19
- Handlungsempfehlungen ..... 21
- Schlussüberlegungen..... 22
- Impressum ..... 23

**H**aben Sie schon einmal darüber nachgedacht, was passiert, wenn das europäische Projekt scheitert oder Europa in die globale Bedeutungslosigkeit abrutscht? Was passiert, wenn die Hoffnung auf den Arabischen Frühling im Keim erstickt oder die eingefrorenen Konflikte in unserer Nachbarschaft wieder aufflammen? Was bedeutet es für uns, wenn die ganze Welt im selben Wohlstand leben will wie wir?

Sie antworten mit ja? Die Bundesregierung und die Entscheidungsträger in der Europäischen Union sind sich dieser Fragen sicherlich bewusst, doch offensichtlich ist ihr Handeln anders priorisiert und eher angelehnt an unmittelbarer als an längerfristiger Handlungsnotwendigkeit. Es ist geprägt durch operative und taktische Vorgänge (Rollenerfüllung), zwar strategisch verortet, aber selten in strategische Überlegungen eingebettet. Diese Überlegungen sind zwar Teil einer Risikobetrachtung, aber selten Gegenstand eines Risikomanagements. Unsere Entscheidungsträger handeln zielgerichtet, aber häufig eher partei- als sachpolitisch orientiert. Deswegen ist es nachvollziehbar, dass es sicherheitspolitische Herausforderungen gibt, die außerhalb des täglichen Fokus liegen. Es dominiert kurzfristige Krisenbewältigung, langfristige Lösungsstrategien setzen sich selten durch. Dies entspricht nur eingeschränkt dem viel zitierten umfassenden, vernetzten und strategischen Ansatz, dem Denken entlang langer Linien.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) führt in ihrem „Seminar für Sicherheitspolitik 2013“ die Fachexpertise von 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmern 1 aus 7 Nationen, aus Ministerien und ihren nachgeordneten Bereichen, aus Institutionen des Bundes und der Länder, aus dem international aufgestellten Privatsektor und eines Thinktank zusammen. Im Rahmen der „Seminarübergreifenden Aufgabe“ nutzen wir unsere breite Beurteilungskompetenz für eine interdisziplinäre Reflexion von Regierungshandeln im sicherheitspolitischen Umfeld. Wir richten einen mittel- und langfristigen Blick auf Konflikte und Herausforderungen, die aufgrund ihrer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit vernachlässigt werden, undenkbar erscheinen- think the unthinkable! - oder im politischen Alltagsgeschäft wegen ihres mittelbaren sicherheitspolitischen Charakters (Faktoren aus Kultur, Geschichte, Konfliktpsychologie, Demographie etc. spielen eine entscheidende Rolle) unterrepräsentiert sind. Dies beinhaltet auch Themenfelder, bei denen die Herangehensweise der EU oder Deutschlands unvollständig ist.

---

1 Im weiteren Textverlauf wird aus Gründen der Einfachheit nur die männliche Form verwendet, aber immer die weibliche Form mitgedacht.

Wir analysieren Konflikte, die scheinbar keine unmittelbare Bedrohung darstellen, aber das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands tiefgreifend verändern können und das längerfristige Potential zur Auflösung von uns vertrauten Strukturen aufweisen. Aus dieser Themensammlung wählen wir exemplarisch fünf repräsentative Themen aus. In diesen beleuchten wir systematisch Defizite, Risiken und Chancen für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik, identifizieren Zusammenhänge und geben Empfehlungen für ein notwendiges und angemessenes Regierungshandeln.

Wir haben darüber nachgedacht, was passiert, wenn das europäische Projekt scheitert oder Europa in die globale Bedeutungslosigkeit abrutscht, was passiert, wenn die Hoffnung auf den Arabischen Frühling im Keim erstickt oder die eingefrorenen Konflikte in unserer Nachbarschaft wieder aufflammen und was es für uns bedeutet, wenn die ganze Welt im selben Wohlstand leben will wie wir!

Aktuelle Umfragen (vgl. Eurobarometer der EU) zeigen eine schwindende Akzeptanz für EU-Angelegenheiten in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Es gibt verschiedene Gründe für diese steigende Skepsis. Einerseits ist eine gewisse Gewöhnung an das Erreichte eingetreten, die daher rührt, dass **wichtige Ziele der EU bereits erreicht** worden sind. Diese sind unter anderen Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums, eine gemeinsame Währung, ein gemeinsamer Binnenmarkt, darüber hinaus ist ein Krieg in Europa gegenwärtig unvorstellbar. Andererseits werden die Europäischen Institutionen von vielen auch als **„bürokratisches Monster“** empfunden. Dies liegt begründet in der Wahrnehmung, dass die **„Eurokraten“** in Brüssel weit entfernt von den Bürgern sind und dass die stetige Kompetenzerweiterung der EU nationale Interessen bedroht. Dieser Eindruck wird durch den Zuwachs an europäischen Gremien, deren Regelungswut und Entscheidungsmechanismen sowie die Skepsis über deren Arbeitsfähigkeit und auch die Intransparenz der Entscheidungen verstärkt.

Die **Schonzeit Europas ist vorbei**; Großbritannien ist das erste Land, das droht, aus der EU auszutreten, wenn sie sich nicht reformiert; die Popularität der anti-europäischen Partei UKIP (United Kingdom Independence Party) nimmt zu. Premierminister David Cameron verlangt mehr Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit, eine Vertiefung des Binnenmarktes, weniger Bürokratie, eine Reform der Institutionen und ein Prüfen der Kompetenzen. Gleichzeitig fordert er eine größere Rolle für nationale Parlamente und eine EU, welche der Vielfältigkeit der Mitgliedstaaten Rechnung trägt. Populistische und antieuropäische Wahlkämpfe gibt es aber auch in anderen Ländern, wie z.B. in Deutschland, wo eine neue Partei AfD (Alternative für Deutschland) für einen Euro-Ausstieg plädiert.

Die **Folgen des Stabilitätspaktes und der Eurokrise** haben der europäischen Idee – nicht nur ökonomisch – besonders geschadet und zu einer Nord-Süd-Teilung (zwischen „Nehmer-“ und „Geberländern“) geführt. Deutschland ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke innerhalb der EU in eine unfreiwillige und schwierige Führungsrolle geraten. So führt das Bestehen auf Austeritätsmaßnahmen zum Widerstand in den Bevölkerungen der betroffenen Nationen, z.B. Griechenland, Italien und jetzt sogar Frankreich.

Die vielfältigen Vorteile, die Europa seinen Bevölkerungen gebracht hat, sind momentan in den Hintergrund gerückt. Die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck vom 22. Februar 2013 ist insofern eine einsame Stimme zu diesem Thema. Er spricht von einem europäischen Wertekanon, der alle Europäer verbindet.

Für ihn ist klar: „Selbst wenn einzelne Rettungsmaßnahmen scheitern sollten, steht das europäische Gesamtprojekt nicht in Frage“. Trotz aller Probleme gibt es immer noch Länder, die der EU beitreten wollen. Kroatiens Beitritt steht unmittelbar bevor, Beitrittsinteresse besteht z.B. seitens Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro, Serbien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei.

Bei genauer Analyse wird deutlich, dass im Zuge der Lösung der Finanz- und Haushaltskrise das Projekt Europa am **Scheideweg** zwischen dem mittelfristigen Erfordernis **vertiefter Integration** und dem **Scheitern** von weiten Teilen der **europäischen Idee** aufgrund von Renationalisierungsbestrebungen steht.

Das Thema ist von hoher Bedeutung, nicht nur weil die EU ein friedenssicherndes Element für die Mitgliedsstaaten untereinander ist, sondern auch, weil wirtschaftliche und (sicherheits-)politische Interessen aller EU-Ländern bereits heute unauflöslich vernetzt sind. Die Handlungsfähigkeit einzelner Länder ist eingeschränkt; nur gemeinsam bleiben europäische Staaten im Umfeld des Aufstiegs neuer Gestaltungsmächte (z.B. BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) relevant. Das **Risiko eines Scheiterns der EU** ist nicht zu unterschätzen, gleichwohl tragen das innenpolitisch motivierte Kurzfristendenken politischer Parteien und die mangelnde Auseinandersetzung über ein gemeinsames Bild für die Zukunft Europas dazu bei, dass das Thema **gesamtgesellschaftlich nicht seriös diskutiert** wird. Inzwischen steigt die Unzufriedenheit und erste Anzeichen für ein Scheitern der EU in einzelnen Politikfeldern liegen auf der Hand. Dabei scheint eine Nord-Süd-Spaltung wahrscheinlicher als ein Scheitern insgesamt. In jedem Fall ergäben sich **tiefgreifende Auswirkungen** auf deutsche Interessen (u.a. Wirtschaft/Welthandel, Außen- und Sicherheitspolitik, Durchsetzung der Menschenrechte).

Die **Risiken und Chancen** eines Scheiterns von Teilen der europäischen Idee werden unterschiedlich wahrgenommen. Aus **wirtschaftlicher Sicht** wären die Risiken einer Auflösung des Euros katastrophal und würden u.a. zu einer Aufwertung der nationalen Währungen in den wirtschaftlich potenten Staaten, zu hoher Inflation in den wirtschaftsschwachen Staaten und zu vermehrter Währungsspekulation führen. Auf der Habenseite fielen die solidarischen Ausgleichszahlungen zur Krisenbewältigung sowie die Verwaltungskosten weg. Ohne die EU würde es keinen Schengenraum und keine Freizügigkeit geben. In Folge müssten sowohl deutsche Unternehmen, die auf Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern angewiesen sind, als auch Europäer, die zu Hause keine Arbeit finden, die Konsequenzen tragen. Ebenso würden sich durch Einschränkungen bei Waren- und Kapitalfluss dramatische Auswirkungen auf den Binnenmarkt ergeben. Im Resultat müssten dann bestimmte Funktionen (u.a. Grenzschutz, Zoll) wieder national finanziert und wahrgenommen werden.

Ein Scheitern der europäischen Idee würde auch zu einem **Bedeutungsverlust** der europäischen Länder führen. Politisch und wirtschaftlich wären die Mitgliedstaaten ohne den Rahmen der EU zwar freier in der Gestaltung bilateraler Beziehungen nach rein nationalen Interessen, gleichwohl würden die europäischen Nationen im internationalen Kontext Bedeutung und Durchsetzungsfähigkeit verlieren. Der Einfluss Europas kann nur durch ein gemeinsames Agieren im Rahmen der EU in anderen aufstrebenden Formaten (z.B. G8 / G20) geltend gemacht werden.

Ohne eine gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** auf Ebene der EU würden Doppelstrukturen mit Blick auf die NATO vermieden. Aber mit der totalen Spaltung Europas und der entsprechenden Verstärkung nationaler Strömungen bestünde die Gefahr des Wiederauflebens zwischenstaatlicher Konflikte. Aus historischer Sicht hat insbesondere die Einbindung Deutschlands in europäische Strukturen eine hohe Bedeutung.

Die EU-Mitgliedstaaten kommunizieren mit Blick auf EU-Themen vor allen Dingen **innenpolitisch motiviert**. Dies zeigt sich u.a. im Rahmen der Bewältigung der Haushalts- und Finanzkrise. Statt den identitätsstiftenden, europäischen Solidaritätsgedanken herauszustellen, wird einerseits eine strikte Haltung in Bezug auf die Verwendung der Hilfszahlungen und die damit verbundenen Reformmaßnahmen gefordert, während andererseits eben diese Maßnahmen als Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass die Kernprinzipien der EU eine Fortsetzung dieser egoistisch geführten Diskussion unbeschadet überstehen. Wenn es schon nicht gelingt, dieses komplexe, aber überschaubare Thema ohne Scheuklappen zu diskutieren, wie soll dann erst die **notwendige Debatte über eine Grundsatzreform** der europäischen Institutionen erfolgreich geführt werden?

## Handlungsempfehlungen

Eine EU „à la carte“ wird nicht funktionieren. Die egoistischen Interessen der einzelnen Länder stünden noch mehr im Vordergrund und würden unausweichlich verstärkte Rivalität, im schlimmsten Fall Konflikte mit anderen Mitgliedstaaten hervorrufen. Auch wäre die Bevölkerung noch schwieriger von dem der Gemeinschaft innewohnenden Solidargedanken zu überzeugen. Wenn wir akzeptieren, dass ein Scheitern der EU nicht im Interesse Deutschlands ist, gilt es gegenzusteuern.

Die EU braucht eine **Aufklärungskampagne**, die den Europäern die Vorteile der Gemeinschaft, insbesondere des schon Erreichten deutlich macht, und ihnen hilft, ihre gemeinsame Identität weiter zu entwickeln und zu schätzen, um den Solidargedanken zu stärken. Ferner ist eine eindeutige und aktive Unterstützung

der europäischen Idee und eine optimistische Sicht ihrer Zukunftsfähigkeit unabdingbar. Die EU braucht starke **Symbole und Nationen**, die auf einer Bühne stehen, um wichtige Nachrichten gemeinsam zu vertreten, statt individuelle Staatsoberhäupter, die innenpolitisch-motivierte Botschaften auf die eigene Bevölkerung zuschneiden.

Weiterhin gilt es, angesichts der Europamüdigkeit der Bevölkerungen, die Kompetenzen und bisherigen Regelungen der EU im Zuge einer **Bestandsaufnahme** vorbehaltlos auf den Prüfstand zu stellen, wo nötig Fehlentwicklungen zu korrigieren oder Fortentwicklungen anzupacken. Hierbei sollten die für die Bevölkerungen wirklich relevanten Bereiche eindeutig im Fokus stehen, um den durch die Medien thematisierten Negativbeispielen entgegenzuwirken.

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs neuer Mächte und der fortschreitenden Globalisierung ist eine **in die Zukunft gerichtete, ehrliche Diskussion** über eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments sowie über eine vertiefte Integration unter weiterer Aufgabe von Souveränität erforderlich, um im internationalen Wettstreit zukunftsfähig zu sein. Dazu ist es unabdingbar, dass die Regierungen zunächst ein klares Bekenntnis über die tatsächliche Reichweite ihrer nationalen Handlungsfähigkeit ablegen.

Im Ergebnis ist die EU unverzichtbar. Sie braucht aber eindeutige Merkmale und neue Verfahren, zu denen sich die Bevölkerungen klar und unmissverständlich bekennen können und die einem gesamteuropäischen Demokratieverständnis Rechnung tragen.

In den letzten 10 Jahren ist der Welthandel stark gewachsen. Produktionsverlagerungen und die Steigerung von Kaufkraft und technologischen Fähigkeiten in Schwellenländern haben dabei zu einer Verschiebung der Wertschöpfung und des globalen Reichtums („*shifting wealth*“) geführt. Die Liberalisierung des Welthandels führte zudem zu einem **stärkeren Wettbewerb** und **Veränderungen in der Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten**. Durch die gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen stieg auch die ökonomische und geopolitische Bedeutung von einigen armen Entwicklungsländern.

Die wirtschaftlichen und monetären Kapazitäten der Schwellenländer werden in den Institutionen der globalen Governance (z.B. International Monetary Fund, OECD) nicht adäquat abgebildet. Neue globale Akteure, z.B. besonders die BRICS-Staaten, treten selbstbewusster auf und streben entsprechend ihres zunehmenden wirtschaftlichen Gewichts nach mehr politischem Einfluss. Neue Club-Formate (z.B. G20, Davos) haben daher an Bedeutung bei der Erörterung globaler Themen gewonnen, schaffen jedoch keine verbindlichen Regelungen. In bi- und multilateralen Formaten (z.B. BRICS) bilden die Schwellenländer ihre gemeinsamen Interessen und wirtschaftlichen Verflechtungen ab. Gleichzeitig tragen die sicherheitspolitischen Bündnisse den **Abhängigkeiten, Allianzen und Risiken der neuen Weltwirtschaft** noch gar nicht Rechnung.

Trotz historischem Wachstum und Wohlstand nimmt der relative Anteil Europas am schnell wachsenden Welthandel ab. Die Stärken des **EU-Wirtschaftsraums** liegen in der hohen Kaufkraft und der Innovationsfähigkeit. Mit ihrem Dienstleistungs- und Hochtechnologieangebot ist die EU-Wirtschaft jedoch auf den neuen Wachstumsmärkten in Entwicklungsländern nur eingeschränkt wettbewerbsfähig. In der multipolaren Weltwirtschaft nehmen die Gestaltungsmöglichkeiten ab.

In Folge der Wirtschaftskrise und der hohen Staatsverschuldung sind auch die Ausgaben für Bildung und Verteidigung gesunken. Die EU Integration wird weiterhin durch **nationalstaatliche Interessen und Kompromisse** bestimmt. Gemeinsame Reformprojekte werden zurückgestellt und der innere Konsolidierungsprozess (Finanz- und Wirtschaftskrise) steht im Vordergrund des Handelns auf der EU-Ebene. Die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, weitere nationale Souveränität an die EU abzugeben, nimmt gegenwärtig ab.

Durch das stärkere **Bevölkerungswachstum** außerhalb Europas sinkt sein Anteil an der Weltbevölkerung. Die parallel stattfindende Überalterung der Gesellschaften führt zu Fachkräftemangel. Diese Aspekte befördern langfristig einen Bedeutungsverlust des EU-Wirtschaftsraums im weltweiten Vergleich.

In der globalisierten Welt können einzelne EU-Länder nicht mehr allein wirkungsvolle **Außen- und Sicherheitspolitik** betreiben. Die relative Schwäche der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU) steht nicht im Verhältnis zur derzeitigen wirtschaftlichen Stärke der EU. Das transatlantische Bündnis funktioniert, seine Dominanz ist jedoch in Frage gestellt. Die USA definieren ihre Interessen zunehmend abseits von Europa.

Mit dem Wachstum von Wohlstand und der Entstehung neuer Mittelschichten wird auch der Welthandel weiter wachsen. Die demografische Entwicklung wird in den nächsten 20 Jahren zu einer weiteren Gewichtsverlagerung nach Asien und Afrika führen. Der Zugang zu Rohstoffen und Energie prägt schon jetzt die strategischen Ziele der Wachstumsländer.

Daher gilt es, die **Fähigkeit der EU zur Steuerung ihrer GSVP und Außenwirtschaftspolitik** endlich zu entwickeln. Die Übertragung staatlicher Souveränität auf die EU beeinträchtigt bereits vereinzelt die Akzeptanz des Europäischen Projekts (z.B. in UK). Die Auswirkungen eines gemeinsamen Freihandelsmarktes mit den USA im Rahmen der neuen, zu verfassenden Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft sind noch nicht absehbar, jedoch sind große Erwartungen von beiden Seiten damit verbunden.

Europas Wirtschaft lebt von der permanenten Innovationsfähigkeit und Forschung. Weitere Investitionen von öffentlichen und privaten Akteuren sind notwendig, um diesen Wettbewerbsvorteil zu erhalten. Bei sinkender Bevölkerung kann der **Fachkräftebedarf** nur durch qualifizierte Zuwanderung gedeckt werden. Gleichzeitig muss die EU weitere Instrumente entwickeln, um Migration wirkungsvoll steuern zu können.

Die Ökonomien des aufsteigenden Ostens und des von der Krise gebeutelten Westens sind stark miteinander verflochten. Die EU muss daher ein Interesse an der Stabilisierung der Schwellenländer haben. Die **Modelle schnellen Wachstums sind nicht nachhaltig** und die politischen Systeme vieler Schwellenländer bieten weiten Teilen der Gesellschaft keine politische Teilhabe. Bei politischen Dialogen der EU geht es daher nicht ausschließlich um Wachstum, sondern vielmehr auch um gemeinsame Werte (siehe z.B. Türkei).

Die globalen Machtverschiebungen verlangen ein neues Denken. **Sicherheit** ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu erreichen. Zudem gewinnt der Zugang zu Rohstoffen stark an Bedeutung. Die Sicherung von Handelswegen wird die Sicherheitspolitik somit zukünftig noch stärker prägen und zu neuen Interessenkohärenzen führen.

## Handlungsempfehlungen

Eine starke europäische Wirtschaft ist die Voraussetzung für eine **einflussreiche Strategie** auf globaler Ebene. Der Einfluss der EU in der Welt ist unmittelbar verbunden mit ihrer Fähigkeit, die Krise der Eurozone zu überwinden und Wirtschaftswachstum wiederzuerlangen. Die Beziehungen zu den EU-Nachbarländern müssen mit Blick auf Wachstum, Fachkräfte und Stabilität ausgebaut werden.

Die EU muss sich aktiv an der Gestaltung neuer Bündnisse sowohl mit Nordamerika als auch mit den BRICS-Staaten beteiligen. Dafür müssen jedoch auch neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden, welche die starke Position Europas in den bestehenden Gremien der **Global Governance** (United Nations UN, World Trade Organisation WTO, IMF, NATO) nutzen. Gleichzeitig sollten die Länder Europas und die USA dazu bereit sein, Schlüsselpositionen in wichtigen internationalen Institutionen (World Bank, IMF) für Schwellenländer zu öffnen. Durch eine Weiterentwicklung dieser Institutionen kann ein neues Gleichgewicht zum Nutzen aller Akteure entstehen und der Einfluss von Europa und der USA angemessen gewahrt werden.

Bildung, Forschung und Entwicklung in Europa muss stärker gefördert werden. Gleichzeitig sollte Europa auch attraktiver für die Zuwanderung von Fachkräften bei gleichzeitiger wirkungsvoller Steuerung der allgemeinen **Migration** werden.

Europa wird nicht umhinkommen, sein wirtschaftliches **Gewicht** auch **sicherheitspolitisch** abzubilden. Dabei sollten sowohl funktionierende Bündnisse (NATO) in Wert gesetzt als auch neue Bündnisse mit den neuen Gestaltungsmächten eingegangen werden. Nur durch Angebote und die Betonung gemeinsamer Interessen kann die EU die BRICS-Staaten in das System internationaler Verantwortung einbinden. Durch eine bessere Abstimmung und Koordination der vorhandenen Instrumente (inkl. *comprehensive approach*) innerhalb der EU könnte bereits zum heutigen Zeitpunkt mehr erreicht werden.

## Quo Vadis Arabischer Frühling

Die arabische Welt befindet sich seit dem Beginn der revolutionären Veränderungen 2010 in einem institutionellen und gesellschaftlichen Übergangsstadium. Der „Arabische Frühling“ in mehreren nordafrikanischen Staaten hat sich in der Folge auf weitere Staaten der Region Nordafrika/Nah- und Mittelost ausgewirkt. Der Fortgang dieses Veränderungsprozesses ist unsicher, er stellt die Gesellschaften auf Jahre hinaus vor gewaltige Herausforderungen. Der Perspektive einer demokratischen Transformation steht hierbei eine Vielzahl von Risiken für fortgesetzten innergesellschaftlichen Wandel und Stabilität gegenüber. Das Erstarken und die Machtergreifung **islamistischer Kräfte**, gewalttätige Auseinandersetzungen im Innern sowie gravierende soziale und wirtschaftliche Probleme sind Merkmale jener nordafrikanischen Staaten, in denen seit dem Jahr 2010 autoritäre Regime abgesetzt wurden.

Mit der Ablösung einiger Herrschaftssysteme sind die gravierenden politischen, sozialen sowie wirtschaftlichen Probleme in der gesamten Region noch lange nicht gelöst. Im besten Fall hat eine lange andauernde, demokratische Transformation begonnen. Die weitreichenden Folgen dieses mit der „Arabellion“ begonnenen Prozesses können eine größere Dynamik entfalten. Klassische zwischenstaatliche Beziehungen verlieren an Bedeutung. Ein **Geflecht** von Interessenlagen, Netzwerken, Allianzen und Freund-/Feind-Beziehungen zwischen den zahlreichen Akteuren überzieht die gesamte Region ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen. Die Veränderungen könnten die gesamte Region einschließlich Israel, Iran, Saudi Arabien, der Golfstaaten und die Türkei erfassen. In der Konsequenz ergäben sich noch radikalere Umbrüche in der Region als heute bereits diskutiert – bis hin zur Infragestellung der nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs erfolgten Grenzziehungen (Sykes-Picot-Abkommen).

Ein solch großflächiger **Transformationsprozess** würde die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven Deutschlands und Europas massiv berühren, denn er umfasst eine Vielzahl von unmittelbaren Risiken mit unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit. Gleichzeitig bietet er aber auch Chancen für den weiteren Wandel der Region je nach Land in unterschiedlicher Ausprägung.

Die **Risiken für Deutschland und Europa** einer durch Unruhen und Instabilitäten gekennzeichneten Entwicklung im arabischen Raum sind evident: Fehlende Rechtssicherheit hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und führt zu Migrationsbewegungen. Fehlende ordnungspolitische Vorstellungen für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft im Inneren verhindern eine nachhaltige Kooperation auf der Basis von akzeptablen, gemeinsamen Werten. Vor allem Ägypten könnte sich zu einer Brutstätte für Salafisten und Jihadisten entwickeln. Unkontrollierte Waffenarsenale,

fehlende staatliche Strukturen, drohende „Afghanisierung“ (Organisierte Kriminalität, Stammesloyalitäten, ethnische Konflikte) erhöhen die Sicherheitsanforderungen und die Wahrscheinlichkeit eines internationalen Eingreifens. Der Nahe und Mittlere Osten im Besonderen birgt für Deutschland und Europa vielfältige Risiken: der ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt, der Bürgerkrieg in Syrien, die iranische nukleare Aufrüstung, die gravierenden Auswirkungen einer potentiellen größeren Krise am Golf.

Auch demokratische Entwicklungen können je nach Ausprägung mit den Interessen Europas kollidieren; gerade gewählte Parteien mit extremen Inhalten (islamistische Parteien) könnten sich beispielsweise verpflichtet sehen, in kriegerische Auseinandersetzungen gegen Israel, Glaubensminderheiten im eigenen Land oder gegen andere Staaten in der Region einzutreten. Handelsbeschränkungen oder Abbruch der politischen Beziehungen sind ebenfalls denkbar.

Die volatile Lage vor allem in Ägypten, Tunesien und in Libyen bietet aber auch die **Chance**, den Weg des Islamismus, einschließlich des „Politischen Islam“ und salafistischer Strömungen, entsprechend zu gestalten, um die Sicherheit in Europa und des Mittelmeerraumes zu gewährleisten. Durch bessere Organisation der demokratischen und bürgerlichen Kräfte könnten diese sich in der Wirtschaft, aber auch in der Gesellschaft stärker engagieren und somit zu einem Aufschwung führen. Mit steigendem Wohlstand ergeben sich neue Märkte für Europa. Ebenso könnten sich salafistische Tendenzen abschwächen, wenn entsprechende Parteien Teil der Regierung sind. Monarchien wie z. B. in Marokko, Jordanien und Saudi-Arabien sähen sich dann gezwungen, ihre Legitimation auf eine breitere demokratische Basis zu stellen, da sie und weitere Staaten der Region ansonsten von einem erweiterten Transformationsprozess erfasst würden.

Bürgerkriege und der Zerfall staatlicher Ordnung, Terrorismus, Umweltzerstörung, organisierte Kriminalität sowie Migrations- und Flüchtlingsbewegungen haben unmittelbare Auswirkungen auf Deutschland. **Gute Regierungsführung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** bilden langfristig die beste Garantie für Stabilität und außerdem gute Rahmenbedingungen zum Schutz deutscher Investitionen. Die deutsche Wirtschaft ist auf Rohstoffimporte angewiesen. Sie hat gleichzeitig ein Interesse daran, das Entwicklungspotenzial der Region zu nutzen.

Deutschland hat daher ein elementares Interesse an **Frieden, Stabilität und Demokratie**, um Gefahren aus dieser Region, wie islamistischer Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, für sich und ganz Europa zu reduzieren, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten und eine sichere Energieversorgung durch verlässliche Energielieferanten zu ermöglichen.

## Handlungsempfehlungen

Eine Stärkung der demokratischen und bürgerlichen Kräfte würde die internationalen Kooperationsmöglichkeiten verbessern und zu einer dringend notwendigen, wirtschaftlichen Erholung führen. Diese sollte durch entsprechende **Handelsabkommen** mit der Europäischen Union flankiert werden. Darüber hinaus sollten gezielte **Partner-/ Patenschaften** zwischen Ländern der Europäischen Union und der Region sowie zwischen einzelnen Wirtschafts- und Industriebranchen die Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche fördern.

Die Intensivierung des **politischen Dialogs** mit den neuen Regierungen ist zwingend. Er sollte auf die Förderung demokratischer Transformationsprozesse und auf eine breit angelegte Kooperation im politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich in Form von „**Transformationspartnerschaften**“ ausgerichtet sein.

Dies beinhaltet einen umfassenden strategischen Dialog mit Schlüsselstaaten wie Ägypten und - in einer späteren Phase – Iran. Der Arabische Frühling hat deutlich gemacht, dass gute Beziehungen auch zu oppositionellen Kräften im deutschen Interesse liegen und in der Zukunft verfolgt werden sollten.

Zur Begrenzung konkreter Risiken durch Terrorismus, organisierter Kriminalität, ungesicherter Waffenbestände und Migration etc. sollte ein offener und kritischer Sicherheitsdialog mit den Regierungen und Sicherheitsbehörden der Region ausgebaut werden. Konkrete Unterstützung bei Sicherung und Vernichtung konventioneller und chemischer Waffen vor allem in Libyen durch Staaten der EU ist ein Gebot der Stunde.

Wir schlagen die Schaffung einer **regionalen Sicherheitskonferenz** nach dem Muster der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in den 1980er Jahren zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Vertrauen und Sicherheit vor. Relevanz und Realisierbarkeitschancen eines solchen gemeinsamen Sicherheitsforums sind durch die Transformation der arabischen Welt gestiegen. Es würde die Möglichkeit der Einbeziehung auch Israels, des Irans und der Türkei bieten und erstmalig einen zukunftsgerichteten politischen Rahmen des (auch kritischen) Dialogs und der Zusammenarbeit schaffen.

Offene und “heiße” Konflikte beherrschen die öffentliche Diskussion. Wir möchten auf den nötigen und fehlenden strategischen Ansatz bei den sogenannten eingefrorenen Konflikten hinweisen. Sie berühren das Verhältnis der Europäischen Union (EU) mit [Russland](#), insbesondere im [Erweiterungsprozess](#) mit [Beitrittskandidaten](#). Mit Ausnahme des Zypernkonflikts, der mehr die Türkei und die Europäische Union und weniger Russland betrifft, ist allen weiteren “eingefrorenen Konflikten” gemeinsam, dass sie im Macht- und Einflussbereich des post-sowjetischen Imperiums angesiedelt sind und mit dessen Untergang evident wurden. Der kurze, aber heftige Ausbruch 2008 in Georgien machte deren latentes Gewaltpotential deutlich, das, sollte es weiter verdrängt und nicht auf einer strategischen und konsensualen Ebene erörtert werden, jederzeit erneut ausbrechen kann.

Bei der Betrachtung werden Beispiele nach [ethischer, wirtschaftlicher sowie innen- und , außenpolitischer Polarisationssebene](#) herangezogen. Wir analysieren die Konflikte um Abchasien und Südossetien (Georgien, Russland), Nagorny-Karabach (Armenien, Aserbaidschan, Russland, Türkei), Transnistrien (Moldawien, Ukraine, Russland), der Nordkaukasus als innerrussische Angelegenheit fällt aus der Betrachtung heraus. Dabei sind eine verhältnismäßig geringe Gewaltintensität, die Abneigung, einen Kompromiss zu schließen und das wenig konstruktive Engagement der Nachbarländern typische Merkmale von sogenannten eingefrorenen Konflikten.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit des [Kosovos](#) durch die EU ohne Beschluss des UN- Sicherheitsrats stellt einen Präzedenzfall dar. Bei den durch Russland unterstützten Sezessionsbestrebungen von Abchasien und Südossetien hat die EU deren Selbstbestimmungsrecht negiert, indem sie Position für die territoriale Integrität Georgiens bezogen hat. Dieses widersprüchliche Verhalten der EU kann erhebliche Folgewirkungen auch auf den eigenen Erweiterungsprozess haben. Mit dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Völkerrechtsakt *responsibility to protect* (R2P) erweitert sich der Staatsbegriff von international anerkanntem Territorium, Staatsvolk und Gewaltmonopol um innerstaatliche Legitimation. Insoweit stellte das Kosovo einen bedenklichen Präzedenzfall dar, der in russischer Perzeption auf den Georgienkonflikt quasi normativ faktisch umgesetzt worden ist. Diese **Doppelmoral** gilt es bei der Befassung mit den „eingefrorenen Konflikten“ in Zukunft zu verhindern, um dem völkerrechtlichen Anspruch gerecht zu werden.

Trotz der globalen Finanzkrise und der Euro-Krise genießen die Türkei und Russland ein anhaltendes, starkes, [wirtschaftliches Wachstum](#). Die Wachstumsbasis der beiden ist jedoch unterschiedlich: Russland versucht, seine Position als weltweiter Rohstoff- und Energielieferant auszubauen, während die Türkei den Handel mit lokal produzierten und weiterverarbeiteten Gütern innerhalb der Region forciert. Für beide Staaten haben die eingefrorenen Konflikte im Kaukasus große wirtschaftliche Bedeutung bezüglich des Energietransits. Öl und Gas aus Russland und nicht-russischen Quellen (Aserbaidschan,

Nordirak, Iran u.a.) sollen zuverlässig durch den Kaukasus an die türkischen und europäischen Kunden gelangen. Europa kann mit der Türkei und/oder Russland entweder teure Investitionen in Alternativstrecken planen oder die Risiken in der kaukasischen Region unterstützend abbauen. Ein möglicher wirtschaftlicher Umschwung in den Transitländern könnte zu einem erhöhten Energiebedarf dieser Länder führen und durch Lieferengpässe und Preissteigerungen die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Industrie bedrohen.

Die wenn auch **begrenzten Interessen der USA** im Kaukasus verfolgen den Aufbau demokratischer Institutionen und die Förderung der Marktwirtschaft. In Georgien geht es den USA vor allem um die Aufrechterhaltung der georgischen, territorialen Integrität auch vor dem Hintergrund der Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft. Die EU folgt der amerikanischen Linie und kann ergänzend ihre Erfahrungen zur Überwindung politischer Konflikte mittels wirtschaftlicher und politischer Integration als stabilisierenden Faktor einbringen. Entlang dieser Linien verfügt die EU über ein breites Spektrum von Möglichkeiten, um Einfluss in den Südkaukasus Staaten auszuüben. Politische **Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU** hemmen allerdings diese Möglichkeiten.

Eine der wichtigen Herausforderungen in der direkten Nachbarschaft der EU bleibt der Konflikt in **Transnistrien**. Die Auseinandersetzung zwischen Moldawien und des abtrünnigen, von Russland unterstützten Gebietes Transnistrien sucht seit über zwanzig Jahren die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Die aktive Rolle von regionalen Akteuren verschärft die politische Lage in dieser Enklave. Russland steht der russischen Minderheit bei und verstärkt seinen politischen Einfluss durch ein militärisches Kontingent vor Ort.

Die Aktivitäten der EU, der Vereinigten Staaten sowie die 5+2 Verhandlungen (Moldawien, Transnistrien, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Russland, Ukraine, als auch die EU und die USA als Beobachter), die insbesondere von der EU in letzten Monaten vorangetrieben wurden, bringen jedoch bis jetzt kaum Ergebnisse. Die Kernfrage, nämlich der Status von Transnistrien, ist nicht Gegenstand der Verhandlungen. Dies verstärkt die negativen Tendenzen in Transnistrien, die nicht nur innerhalb des Landes nachteilig wirken, sondern auch die europäische Sicherheit durch organisierte Kriminalität und illegalen Waffenhandel beeinflussen.

Das Beispiel des Konfliktes in Transnistrien stellt damit auch die fundamentale Frage nach der Effektivität der EU bei der Bewältigung solcher Herausforderungen. „Eingefrorene Konflikte“ sind vielschichtig, lange und tief in den betroffenen Bevölkerungen, Staaten und Regionen verankert. Zudem behindern sprachliche, kulturelle und historische Hintergründe häufig einen konstruktiven Dialog. Vordergründig sind diese Konflikte zunächst vor allem von lokaler und regionaler Bedeutung. Allerdings können sie – wie das Beispiel Georgien im Jahr 2008 zeigt – jederzeit kurzfristig eine überregionale bzw. globale Dimension mit einem erheblichen, beeinträchtigenden Potential für die Sicherheit Europas erlangen.

## Handlungsempfehlungen

Es muss im internationalen Interesse liegen, diese Konflikte tatsächlich zielführend zu behandeln, auch wenn eine vollständige Lösung kurzfristig nicht zu erwarten ist. Im Sinne einer langfristigen Strategie muss deutsche und europäische Außenpolitik zu verhindern suchen, dass durch Untätigkeit ein eingefrorener in einen heißen Konflikt mündet und ein Eingreifen mit erheblichem Aufwand erforderlich macht. Als Basis für eine mögliche Lösung gilt es zunächst, **Gemeinsamkeiten** (ethisch, kulturell, religiös, politisch und wirtschaftlich) zu identifizieren, zu fördern und in Folge die Konfliktparteien von deren innewohnenden Chancen zu überzeugen. Selbst mit Hilfe eines adäquaten, gemeinsame Werte vermittelnden Bildungssystems wird dieses vermutlich nur in einer Folgegeneration zu erreichen sein.

## Risiken unseres Wohlstands

Wenn Politik als **verbindliche Verteilung von Werten** verstanden wird (vgl. Prof. Dr. Frank Schimmelpfennig, ETH Zürich; David Easton, Universität von Chicago), so ist zur Entwicklung eines gemeinsamen und anzustrebenden Wohlstandsverständnisses die Frage zu klären, wer welche Werte an wen verteilt. Derzeit reduziert die Politik Wohlstand meist auf die materiellen Aspekte und setzt Wohlstand mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleich. Vielmehr umfasst Wohlstand aber sowohl materielle als auch immaterielle Komponenten; im Wesentlichen sind dies Lebensqualität, Wirtschaftsleistung und Nachhaltigkeit (EU-Kommission, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages). Wir sind der Auffassung, dass die **sicherheitspolitischen Risiken des vorherrschenden Wohlstandsverständnisses unterschätzt** sind und wir auch deshalb zu einem umfassenderen Verständnis von Wohlstand kommen sollten.

Eine Übertragung des Wachstums- und Wohlstandsverständnisses nach westlichem Vorbild auf alle Regionen der Welt ist mit den vorhandenen bzw. bekannten Rohstoffressourcen nicht möglich. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte ein **neues Wachstums- und Wohlstandsmodell** sein, das sich nicht ausschließlich oder überwiegend am Wachstum des Bruttosozialprodukts bzw. an materiellen (quantifizierbaren) Werten orientiert.

Bisherige Ansätze, die Defizite der Messung der „Wohlstandsindikatoren“ zu verbessern – wie der Human Development Index –, haben noch nicht zu einer ganzheitlichen Lösung geführt. Dies liegt vor allem daran, dass die immateriellen Indikatoren (wie z.B. Aspekte der Lebensqualität) schwer zu erfassen und noch schwieriger untereinander zu gewichten sind. Bereits existierende Ansätze einzelner Staaten, wie der *Gross National Happiness Index* in Butan, sind deshalb nicht für ein europäisches oder gar weltweites, gemeinsames Wohlstandsverständnis geeignet.

Die Gründe für die Reduzierung des Wohlstandsverständnisses auf das Wirtschaftswachstum liegen zum einen in der schwierigen Kommunizierbarkeit und angemessenen Berücksichtigung in politischen Entscheidungsprozessen (siehe Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages). Zum anderen wird in fast allen Ländern der Erde derzeit die erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung auch zu Lasten der Nachhaltigkeit und Lebensqualität bewusst in Kauf genommen. Die Beweggründe gehen von „Energierevolution“ (USA), „Nachholbedarf“ (Schwellenländer) über „Wirtschaftskrise“ (große Teile der EU) bis hin zu „Armutsbekämpfung“ (*least developed countries*). Aufstrebende wie etablierte Nationen, Industrieverbände, aber auch der individuelle Verbraucher in der Gesellschaft sind zu einem Umdenken und zu einer nachhaltigen Veränderung größtenteils (noch) nicht bereit. Die Angst vor unpopulären Maßnahmen, dem Verlust von internationaler Konkurrenzfähigkeit und Standortvorteilen und die Sorge um Ausgabensteigerungen verhindern den nötigen Wandel.

So ist es nicht verwunderlich, dass heute in großen Bereichen der Welt weiterhin darauf vertraut wird, die Begrenztheit von Ressourcen durch technologische Innovation zu kompensieren. Die **sicherheitspolitische Relevanz** und die „Vernachlässigung“ der Thematik „Wohlstandsverständnis“ ergeben sich somit aus der Politik eines fast **weltweit ungebremsten Wachstums des Bruttosozialprodukts**: Eine Entwicklung, die nicht zwingend friedlich verlaufen muss!

Eine Umorientierung des derzeitigen rein BIP-fokussierten „westlichen“ Wohlstandsverständnisses erscheint **ohne eine Einbeziehung der BRICS-Staaten wenig erfolgversprechend**. Jeder Zuwachs an materiellem Wohlstand in Ländern wie China mit 1,4 oder Indien mit 1,3 Mrd. Einwohnern (Stand 2012), der mit einem starken Anstieg von Ressourcenverbrauch und Emissionen verbunden ist, wird wegen der großen Bevölkerung zu dramatischen Auswirkungen auf den Rohstoffbedarf und das Weltklima führen. Insbesondere die Klimaveränderung verschlechtert weltweit die Lebensqualität, steigert Luftverschmutzung und Wasserknappheit. Die fünf Mitgliedsstaaten des BRICS-Verbundes erwirtschaften mit ca. 40 Prozent der Weltbevölkerung bereits heute rund ein Viertel des Weltsozialprodukts. Ihr Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch steigen seit Jahren. Zur Absicherung der von den BRICS-Staaten stringent verfolgten Wachstumspolitik positionieren sich die fünf Länder konsequent und selbstbewusst auf global-strategischer Ebene (politisch, wirtschaftlich, militärisch). Die bisher die „Weltordnung“ dominierenden westlichen Staaten werden mit der neuen Rolle der BRICS-Staaten sowie weitere Schwellenländer (z.B. G20) konfrontiert.

Mögliche globale Machtverschiebungen und Klimaveränderungen können zu verschiedenen **Problematiken führen**: So werden Konflikte um Ressourcen (Wasser, Energie, Mineralien etc.) zunehmen und das weltweite Wohlstandsgefälle verstärken. Damit verbunden wären Instabilitäten in fragilen Staaten, Bevölkerungswanderungen, soziale Unruhen, Hungersnöte und Verteilungskämpfe. Des Weiteren sind neue politische und militärische (Zweck-) Bündnisse und damit einhergehende Machtverschiebungen und Instabilitäten zu erwarten. Neue totalitäre Regime können entstehen. Eine weltweite militärische Aufrüstung ist ebenfalls vorstellbar. Auch könnten logistische Verbindungslinien gefährdet werden und wiederum zu gewalttätigen Konflikte führen. Verwüstungen und Überschwemmungen bergen die Gefahr, größere Migrationsbewegungen in Gang zu setzen. Schließlich können weitere Extremwetterlagen zu Zerstörungen führen und weniger entwickelte Regionen stärker zurück werfen als solche, in denen z. B. Versicherungen den individuellen Schaden ausgleichen.

## Handlungsempfehlungen

Die bisherigen Initiativen zur Veränderung des Wohlstandsverständnisses treffen auf erheblichen Widerstand. So ist beispielsweise der deutsche Versuch, dieses Themengebiet im UN-Sicherheitsrat zu adressieren, nicht von der internationalen Weltgemeinschaft aufgegriffen worden.

Wir empfehlen der deutschen Politik zum einen die Schaffung eines **gesellschaftlichen Bewußtseins**, das ein nachhaltiges Wohlstandsverständnis ein wesentlicher Einflussfaktor zur Förderung der nationalen und auch internationalen Sicherheit und Stabilität sein wird. Davon profitiert der einzelne Bürger und die Gesellschaft als Ganzes. Dies muss verknüpft werden mit dem breiten Verständnis, dass ein Handeln aufgrund der Langfristigkeit des Problemgebietes jetzt erforderlich ist, selbst wenn im internationalen Kontext andere Nationen eher abwartend agieren. Allen Beteiligten muss die Angst und Sorge vor nachhaltiger Veränderung genommen werden. Vielmehr stellt dieser Umbruch eine Chance dar, die jetzt ergriffen werden muss, weil Abwarten oben genannte Problematiken impliziert und zu Teuerungen führt.

Zum anderen gilt es, die notwendigen **Rahmenbedingungen / Normen** zu schaffen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft diesen Wechsel zu unterstützen bzw. voranzutreiben. Die staatlich initiierte Energiewende kann diesbezüglich als ein (positives wie negatives) Beispiel herangezogen werden. Positiv, weil Nachhaltigkeitsüberlegungen hier dominieren, negativ, weil Deutschland allein national und nicht im EU-Kontext abgestimmt agiert. Weitere Überlegungen sind die konsequente und systematische Einpreisung von Ressourcen oder das Ziel einer ressourcenunabhängigeren Wirtschaft (*green economy*). Deutschland sollte dabei auch international (EU/G8/G20) weiter seinen Einfluss in diese Richtung nutzen.

Deutschland kann und muss mit seiner finanziellen Stärke, seinen technologischen Fähigkeiten und sozialer Stabilität im Vergleich zum internationalen Umfeld eine Vorreiterrolle übernehmen, um zu einem umfassenderen Wohlstandsverständnis zu kommen.

Für eine an der Zukunft ausgerichtete deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik sind zwei Überlegungen von zentraler Bedeutung: erstens, gemeinsam entwickelte, verbindliche Ziele und zweitens, die Anerkennung und Akzeptanz unterschiedlicher, auch regionaler Identitäten. Aufbauend auf den friedenssichernden Elementen des europäischen Gedankens sollten sicherpolitische Bündnisse gestärkt und erweitert sowie nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen vorangetrieben werden. Dies beinhaltet Hilfestellungen für an Europa grenzende Regionen, die für uns im sicherheitspolitischen Kontext prioritär sein sollten. Dafür müssen Konflikte auf einer strategischen Ebene mit einem möglichst übereinstimmendem Wertekanon angegangen und nicht verdrängt werden. Ein gemeinsamer globaler Rahmen, der Nachhaltigkeit bei Wachstum und Wohlstand gewährleistet, erfordert eine umfassende Diskussion des zugrundeliegenden Werteverständnisses.

Die von uns gewählten fünf Beispiele zeigen, dass heutige Tagespolitik durch operative und taktische Überlegungen geprägt ist und der umfassende, vernetzte und strategische Ansatz im Sinne des *comprehensive approach* nur selten vollständig umgesetzt und erkennbar vermittelt wird.

## Impressum

### Gestaltung

Florian Pfennig

### Druck

Wehrbereichsverwaltung Ost  
Print- und Medienzentrum

Der Inhalt dieser Broschüre beruht auf den Erkenntnissen und Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars für Sicherheitspolitik 2013. Er unterliegt dem Urheberrecht.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

### Kontakt

Bundesakademie für Sicherheitspolitik  
Ossietzkystraße 44/45  
13187 Berlin

Telefon 030 40046 420  
Fax 030 40046 421  
E-Mail [info@baks.bund.de](mailto:info@baks.bund.de)

[www.baks.bund.de](http://www.baks.bund.de)



